

LANDESARBEITSKREIS CHRISTLICH-DEMOKRATISCHER JURISTEN

Baden-Württemberg

PRESSEMITTEILUNG

26. Juli 2017

CDU-Juristen fordern:

Keine Förderung integrationsfeindlicher Bewegungen – nie wieder Judenhass

Antisemitisch, antiamerikanisch und antiwestlich. So wird zunehmend die Einstellung jugendlicher Koranschüler beschrieben. In einigen Gegenden Deutschlands sollte man sich nicht als Jude zu erkennen geben, warnt der Vorsitzende des Zentralrats der Juden. Dabei spielen nach Pressemitteilungen wieder einmal die von der Türkei gelenkten Ditib-Gemeinden eine entscheidende Rolle.

Dennoch unterstützt das von der SPD geführte Bundesfamilienministerium Projekte von Ditib mit Steuergeldern in Höhe von mehreren Millionen Euro allein in diesem Jahr. Der Landesarbeitskreis Christlich Demokratischer Juristen der CDU Baden-Württemberg (LACDJ) fordert eine sofortige Einstellung aller Zahlungen für Ditib-Projekte und an türkische Kultur- oder Moscheevereine, die mit Ditib zusammenarbeiten: „Es darf kein deutsches Steuergeld an diese Organisation fließen, die aktiv gegen die Integration arbeitet und unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung untergräbt“, so der Landesvorsitzende Alexander Ganter.

Ein krasses Fehlsignal ist in diesem Zusammenhang das vom Bundesaußenminister veröffentlichte Schreiben an die Türken in Deutschland. Ein solches Schreiben, noch dazu in Türkisch, ist ein Beitrag zur Stärkung von Parallelgesellschaften und eine Ermutigung für Integrationsverweigerer. Erforderlich ist es stattdessen, auf allen Ebenen von Staat und Gesellschaft den Vorrang der geltenden Gesetze gegenüber muslimisch motivierten Forderungen nach Sonderrechten konsequent und wehrhaft durchzusetzen.

Der LACDJ unterstützt und berät die baden-württembergische CDU bei rechts- und justizpolitischen Themen und trägt so zur Meinungsbildung bei. Im LACDJ findet sich das breite Spektrum der juristischen Berufsgruppen im Land wieder.